**Antrag**

**der Fraktion** **der PIRATEN "Operation Last Chance" – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden.**

2013 startete das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Deutschland die Kampagne „Operation Last Chance“, mit deren Hilfe die letzten noch lebenden Kriegsverbrecher in Deutschland aufgespürt werden sollen. Zunächst wurden in Berlin, Hamburg und Köln insgesamt 2.000 Plakate mit dem Motto "Spät, aber nicht zu spät! " aufgehängt. Auf den schwarz-roten Plakaten war darauf das Tor zum KZ Auschwitz abgebildet.

Am 01. Oktober 2014 übergab das Simon-Wiesenthal-Zentrum dem Bundes­innen­ministerium eine Liste mit den Namen von achtzig möglicherweise noch lebenden Mitgliedern von Einsatzgruppen, die für die Ermordung von mehr als einer Million Juden in der Sowjetunion, in Polen und in Osteuropa verantwortlich gemacht werden.

Der Leiter des Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff, wies darauf hin, dass es sich bei den auf der Liste aufgeführten Personen um die jüngsten Mitglieder der mobilen Einsatzgruppen handele, die zwischen 1920 und 1924 geboren wurden. Aufgrund dessen gehe man davon aus, dass einige davon möglicherweise noch am Leben und gesund genug seien, um angeklagt zu werden.

Auf Grund des § 143 Abs. 4 GVG ist 1961 im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund die „Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen“ eingerichtet worden. Falls es zu Anklagen kommen sollte, findet der Prozess vor dem örtlich zuständigen Gericht statt.

Der Justizminister des Landes NRW bekräftigte zwar auf die Kleine Anfrage 2754 mit Schreiben vom 31. Oktober 2014, dass die Verfolgung nationalsozialistischer Massenverbrechen der Landesregierung ein zentrales Anliegen sei, antwortete aber auch, dem Justizministerium des Landes sowie der "Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen" läge die Liste gegenwärtig nicht vor. Aktive Maßnahmen seitens der Strafverfolgungsbehörden des Landes, diese Liste zu erlangen nannte der Minister nicht.

**Der Landtag stellt fest:**

Die Verfolgung der nationalsozialistischen Massenverbrechen hat auch nach 70 Jahren nichts von ihrer Bedeutung verloren und muss mit nicht nachlassender Ernsthaftigkeit fortgesetzt werden.

**Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

1. mit dem Simon-Wiesenthal-Zentrum und dem Bundes­innen­ministerium Kontakt aufzunehmen, um die Liste der möglicherweise noch lebenden Mitglieder von Einsatzgruppen zu erhalten;
2. die Liste samt eventuell vorhandener weiterer Informationen an die zuständigen Behörden und die "Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen" weiterzugeben, zumindest soweit sie Personen umfasst, die in NRW gelebt haben, leben oder leben könnten;
3. einen dauerhaften institutionellen Kontakt zum Simon-Wiesenthal-Zentrum zu etablieren, um eventuelle weitere Informationen zeitnah zu erhalten und umgekehrt als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen;
4. dem Landtag über ihre Bemühungen sowie den Fortgang der Ermittlungen bis zum 01.07.2015 Bericht zu erstatten.

Dr. Joachim Paul

Marc Olejak

Daniel Schwerd

und Fraktion